



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 25.03.2026, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Ausscheiden von Stadtrat Tübek (Die Linke) aus dem Gemeinderat	Vorl.Nr. 051/26
-------	---	-----------------

Beschluss:

Stadtrat Mesut Tübek (Die Linke) scheidet aus dem Gemeinderat aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Remmele
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt OBM **Dr. Knecht** mit, die Verabschiedung von Stadtrat Tübek aus dem Gemeinderat werde er am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung vornehmen. Den Tagesordnungspunkt "Ausscheiden von Stadtrat Tübek (die Linke) aus dem Gemeinderat" werde er daher zum Ende der öffentlichen Sitzung aufrufen. Im Anschluss begrüßt die Anwesenden zur Sitzung im Großen Saal des Kulturzentrums und beginnt mit Tagesordnungspunkt zwei.

Beim letzten Tagesordnungspunkt nimmt OBM **Dr. Knecht** Bezug zur Vorlage 051/26. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. OBM Dr. Knecht spricht gegenüber Stadtrat Tübek seinen Dank für die engagierte und konstruktive Mitarbeit im Gemeinderat aus und übergibt ihm ein Geschenk der Stadt. Stadtrat **Tübek** dankt für die spannende und lehrreiche Zeit im Gemeinderat.

OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 051/26 Beschluss fassen. Im Anschluss beendet er den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 2

Auftragsvergabe in der Kita- und
Schulverpflegung

Vorl.Nr. 032/26

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit einmalig, den Auftrag zur Kita- und Schulverpflegung nach ordnungsgemäßer Durchführung des Vergabeverfahrens ohne erneute Beschlussfassung zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Akin
- Stadträtin Allerborn
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Remmele
- Stadträtin Schittenhelm
- Stadtrat Sorg
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadträtin Wiedmann
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die öffentliche Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 24.03.2026 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 032/26 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg beschließt die als Anlage 1 der Vorlage Nr. 017/26 beigefügte „Feuerwehrsatzung der Stadt Ludwigsburg“ als Neufassung. Gleichzeitig tritt die Feuerwehrsatzung der Stadt Ludwigsburg vom 11.05.2016 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Akin
- Stadträtin Allerborn
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Remmele
- Stadträtin Schittenhelm
- Stadtrat Sorg
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadträtin Wiedmann
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die öffentliche Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 24.03.2026 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 017/26 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Dem Entwurf der Satzung zur Änderung der bestehenden örtlichen Bauvorschriften im Stadtgebiet Ludwigsburg (Ergänzungssatzung zur Nutzung erneuerbarer Energien) vom 19.02.2026 (Anlage 1) wird zugestimmt. Es gilt die Begründung vom 19.02.2026 (Anlage 2).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung und die Begründung gem. § 74 Abs. 6 Satz 1 LBO i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 74 Abs. 6 Satz 1 LBO i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Akin
- Stadträtin Allerborn
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Remmele
- Stadträtin Schittenhelm
- Stadtrat Sorg
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadträtin Wiedmann
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die öffentliche Vorberatung im Bauausschuss am 12.03.2026 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 014/26 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und die Realisierung des Erweiterungsbaus für den Ganztagschule am Standort Schubartschule auf Grundlage der Entwurfsplanung und Kostenberechnung mit Projektkosten in Höhe von **rd. 7.190.000 Mio. € brutto** und den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach mit Kosten in Höhe von **rd. 120.000 € brutto** (Kostengruppe 200-600+700, inklusive Unterrichts- und Betreuungsmaterial, Sicherheitszulage und Baupreissteigerung).
2. Für die Umbaumaßnahmen im Bestandsgebäude werden Finanzmittel in Höhe von **rd. 620.000 € brutto** (Kostengruppe 200-600+700, inklusive Unterrichts- und Betreuungsmaterial, Sicherheitszulage und Baupreissteigerung) aus dem Budget des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft zur Verfügung gestellt.
3. Die Weiterbeauftragung der Planungsleistungen ab LPH 4 bis 9 an die externen Planer wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Allerborn
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Remmele
- Stadtrat Sorg
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die öffentliche Vorberatung im Bauausschuss am 12.03.2026 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 005/26 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Anpassung der Projektkosten für die Teilsanierung der Eichendorffschule von 1,450 Mio. € auf 1,685 Mio. € brutto.
2. Die Gesamtmaßnahme wird investiv finanziert. Die benötigten Finanzmittel werden zum Nachtragshaushalt 2026 ff. im Haushaltsjahr 2026/27 angemeldet.
3. Die HH-Sperre wird zur Fortsetzung und Realisierung der Maßnahme im Jahr 2026 projektbezogen ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Gekeler
- Stadtrat Herrmann
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Remmele
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat Tübek
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 045/26 und betont die große Bedeutung des Themas Bildung für die Stadtgesellschaft und für den Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg.

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt. Auf das Dach komme eine Photovoltaikanlage. Hierzu werde der gefundene Asbest entfernt und das Dach saniert.

Der Asbestfund sei ärgerlich, führt Stadtrat **Sorg** aus. Die geplanten Maßnahmen seien kleine Lösungen, die funktionieren. Das Geld des Bundes sei hier gut investiert. Die energetische Sanierung der Schulen seien seiner Fraktion wichtig. Ohne Vorberatung, direkt im Gemeinderat zu entscheiden, sei richtig, weil die Zeit dränge.

Stadtrat **Braumann** signalisiert Zustimmung. Allerdings sei die Schule auch nach der Sanierung ein Gebäude mit Schwächen. Es sei nicht zufriedenstellend, immer nur das

Nötigste zu machen. Man müsse in Zukunft weitsichtiger sein. Klar sei aber auch, dass ein Neubau nicht in Frage komme.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stellt fest, es sei absolut notwendig für Grünbühl, dass man die Sanierung durchführe. Man sei froh über die vorliegende Lösung. Es handle sich um eine Pflichtaufgabe. Die Mittel aus dem LuKIF Sondervermögen seien hier gut eingesetzt.

Das Vorhaben solle konsequent durchgezogen werden, teilt Stadtrat **Gröbner** mit. Bei der Sanierung von alter Gebäudesubstanz sei man nie vor Überraschungen geschützt.

Jeder investierte Euro in die Schulbildung sei gut investiertes Geld, teilt Stadträtin **Knecht** mit. Ein gutes Raumklima sei für die Schulbildung zwingend notwendig. Da eine wünschenswerte Generalsanierung finanziell nicht darstellbar sei, erhalten die angedachten Sanierungsmaßnahmen seine volle Zustimmung, führt Stadtrat **Dogan** aus.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Peifer**, ob es nicht besser wäre, den Asbest im Dach zu lassen, bekanntlich sei der Baustoff nur gefährlich, wenn er freigelegt wird, teilt der **Leiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft mit, entweder man nehme den Asbest weg, oder man könne an dem Dach gar nichts machen. Dann sei auch keine Photovoltaikanlage möglich. Wenn man in das Dach eingreife, müsse man zwingend den Asbest entfernen.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 045/26 Beschluss fassen.